

Der Ökonomist.

Der Ruf nach besserem Brot.

Wien, 21. Juli.

Als zu Beginn dieses Jahres der Verbrauchsplan für Getreide in der diesseitigen Reichshälfte und namentlich für Wien festgelegt wurde, hat man natürlich mit den ungünstigsten Eventualitäten gerechnet. Die Vorsorge mußte so weit gehen, daß die regelmäßige Brot- und Mehlversorgung bis zur neuen Ernte auch dadurch nicht gestört werden konnte, wenn etwa durch Witterungsverhältnisse eine Verzögerung des Erntebeginnes oder der Einbringung der neuen Ware eintreten oder ungünstiges Erntewetter den Zeitpunkt hinausschieben würde, in welchem Weizen und Roggen neuer Ernte zur Vermahlung gelangen konnten. Ferner war auch die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß die Ernteergebnisse nicht voll befriedigen und man daher auch bei Beginn der neuen Kampagne mit äußerster Vorsicht vorgehen mußte, um nicht vorzeitig zu der neuen Ernte zu greifen. Es ist wenigstens anzunehmen, daß alle Vorrats- und Verbrauchsdispositionen unter diesem Gesichtswinkel getroffen wurden. Nun haben sich glücklicherweise die Verhältnisse wesentlich besser gestaltet, nicht bloß besser als die gebotenen pessimistischen, sondern auch als die optimistischen Anschauungen. Die Ernte ist nicht bloß rechtzeitig, sondern vorzeitig unter die Sense gelangt. Das Erntewetter ist das denkbar günstigste. Gleichzeitig ist das Ergebnis der ungarischen Ernte und auch jenes der diesseitigen Reichshälfte in Weizen und Roggen ein so glänzendes, daß von einer Brot- oder Mehlnot für das nächste Jahr nicht mehr die Rede sein kann. Selbstverständlich zwingen die außergewöhnlichen Verhältnisse auch jetzt noch zu gewissen Maßnahmen, um jede Verschwendung oder unrichtige Verwendung unseres Erntesegens zu verhindern, und es soll gewiß nicht irgendwie der Versuch gemacht werden, an den jetzt bestehenden Einrichtungen, welche auf einen gleichmäßigen und vernünftigen Verbrauch in Brot und Mehl abzielen, zu rütteln. Wohl aber kann mit vollem Rechte gesagt werden, daß jetzt schon der Augenblick gekommen ist, in welchem namentlich die Bevölkerung Wiens erwarten und verlangen darf, daß sich die Besserung der Approvisionierungsverhältnisse in Brot und Mehl fühlbar mache. Es ist gewiß richtig, daß Edelmehle aus der neuen Ernte frühestens etwa in zweieinhalb bis drei Wochen in so ausgiebigem Maße zur Verfügung stehen werden, um aus diesen neuen Beständen eine Konsumverteilung und Konsumbesserung zu vollziehen. Aber es sind Vorräte aus der letzten Kampagne, die dazu angesammelt und bestimmt waren, mindestens vierzehn Tage bis drei Wochen länger als dies der Fall sein wird, zur Brot- und Mehlversorgung herangezogen zu werden, durch die günstigere Gestaltung der Dinge heute schon frei geworden, und das muß sich denn doch schon bemerkbar machen. Es wäre sicher möglich, aus diesen gewissermaßen nicht mehr gebundenen Vorräten in Form von Brot und Mehl die entsprechenden Mengen zur Verfügung zu stellen, so daß insbesondere die Mischungsverhältnisse bei der Brotbereitung eine Veränderung erfahren könnten. In Deutschland ist dies bereits geschehen, obwohl dort die Aussichten auf baldige Beschaffung neuen Mehles nicht so günstig sind wie bei uns. Es scheint doch möglich, einige Mengen an Edelmehlen, die gewissermaßen als eiserner Bestand zurückbehalten werden sollen, dessen Aufrechterhaltung nicht mehr notwendig ist, dem Konsum zuzuführen. Die Bevölkerung Wiens kommt in erster Reihe in Betracht, da in anderen Orten, wie jeder aus eigener Erfahrung wahrnehmen kann, heute schon weit besseres Brot erhältlich ist wie in Wien. Es heißt, der Bevölkerung Wiens allzu viel zumuten, wenn man ihr jetzt noch den Zwang auferlegt, ein Brot mit einem ganz unverhältnismäßig hohen Maiszusatz zu essen, während die tatsächlich vorhandenen Vorräte an Edelmehlen es gestatten würden, den Maiszusatz auf ein Mindestmaß herabzusetzen und sohin ein besseres und beförmlicheres Brot zu liefern. Die Be-

völkerung Wiens hat gezeigt, daß sie gewillt ist, alle Opfer auf sich zu nehmen, welche ihr durch die Kriegsergebnisse auferlegt werden und hat insbesondere die Erschwernisse in der Brot- und Mehlfrage wort- und klaglos hingenommen. Es war geradezu bewunderungswürdig, wie in den einzelnen Straßen Kinder und Frauen jeden Alters ruhig an den Brot- und Mehlverkaufsstätten Queue machten, kein Wort der Klage oder Beschwerde laut wurde und die an manchen Orten aufgestellten Wachleute nur damit zu tun hatten, die etwas übermütigen, nicht genügend beaufsichtigten Kinder zurechtzuweisen. Aber gerade deshalb ist es Pflicht derjenigen, die für die Approvisionierung Wiens zu sorgen haben, es mit größter Gewissenhaftigkeit so einzurichten, daß der Bevölkerung nicht mehr an Opfern auferlegt werde, als unbedingt notwendig ist. Warum ist gerade in Wien eine wesentliche Besserung des Brotes noch nicht zu verzeichnen, wie dies in anderen Städten Oesterreichs und fast durchwegs auf dem flachen Lande der Fall ist? Wir haben Einrichtungen zur Brot- und Mehlversorgung, welche von einem Mehlmopol nicht weit entfernt sind; Einrichtungen, die nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn sie wirklich dem allgemeinen sozialen Interesse dienen. Dieses besteht heute auch darin, daß der Bevölkerung stets die möglich beste Nahrung, soweit es die Verhältnisse gestatten, zur Verfügung gestellt wird. Es genügt dabei selbstverständlich nicht allein, Vorschriften zu machen, durch welche die Mehlmischungsverhältnisse in anderer Weise, als dies bisher der Fall war, festgesetzt werden oder etwa gesagt wird, daß nunmehr der Maiszusatz auf 10 bis 15 Prozent zu beschränken ist. Es muß auch gleichzeitig den Bäckern und Brotfabriken die entsprechende Menge an Brotmehlen zugeführt werden, damit diese Mischungsgebote nicht bloß auf dem Papier bleiben. Denn nur, wenn für den Bezug von Edelmehlen entsprechend Vorsorge getroffen wird, können die

Bäcker auch gezwungen werden, die entsprechenden Mischungsvorschriften einzuhalten. Das entgegengesetzte Interesse könnte bei dem Preise der einzelnen Mehlgattungen allerdings dann vorhanden sein, wenn ein Bäcker noch größere Vorräte an Maismehl zur Verfügung hat und sie nur durch eine größere Beimischung bis zu jenem Termin ausbrauchen kann, in welchem, wie zu erhoffen und zu erwarten ist, verfügt wird, daß Maismehl zur Broterzeugung überhaupt nicht mehr verwendet werden darf. Denn auch dies muß gesagt werden; wie bisher ein entsprechender Maiszusatz durch die Bestimmungen ausdrücklich bestimmt war, muß auch im gegebenen Moment neuerlich eingeschärft werden, daß ein Maiszusatz verboten ist, damit nicht späterhin gewinnstüchtige Absichten eine Verwendung des Mais bei der Broterzeugung herbeiführen, welche nur durch die Not gestattet und notwendig war.

Das Dringendste ist also, daß baldmöglichst den Wiener Bäckern die entsprechenden Mengen an Edelmehlen zur Verfügung gestellt und gleichzeitig Bestimmungen erlassen werden, welche den Maismehlzusatz bei der Broterzeugung wesentlich einschränken. Man hat jüngst gehört, daß noch große Maisbezüge aus Ungarn zu erwarten sind. Der Zwang zur Verwendung des Maismehles muß jedoch sofort aufhören, wenn er nach den Ernteverhältnissen nicht mehr erforderlich ist, und darf nicht etwa deswegen länger andauern, weil die Kriegsgetreidegesellschaft oder andere Faktoren noch im Besitze großer Mengen Mais oder Maismehles sind. Der Zwang darf auch dann nicht ausgeübt werden, wenn den jetzigen Besitzern dieses Mais oder Maismehles aus der anderweitigen Verwendung, die sich ohne Zweifel leicht finden läßt, irgendwelche Schäden erwachsen würden. Alle diese Faktoren dienen eben nicht Erwerbsszwecken, sind nur Hilfsorgane einer durch die Verhältnisse notwendig gewordenen sozialen Institution, und bei der Tätigkeit dieser Institutionen muß jedes fiskalische Interesse ausgeschaltet sein. Wenn dies der Fall ist, so wird wohl ungesäumt ein Weg gefunden werden müssen, damit auch die Wiener ein besseres Brot erhalten.